

Die verdeckten Operationen der PR-Profis

Der latente Korruptionsvorwurf an Nationalratsvizepräsidentin Christa Markwalder (FDP) zielt ins Leere

Von Beni Gafner, Bern

Die Berner FDP-Nationalrätin Christa Markwalder sieht sich mit dem Vorwurf konfrontiert, im Dunstkreis Kasachischer Eliten und aufgrund von Zahlungen eines kasachischen Politikers an eine zwielichtige PR-Firma Politik im Bundeshaus zu betreiben. In Medienberichten schwingt zwischen den Zeilen ein zumindest indirekter Korruptionsvorwurf an Markwalder mit. Dieser Vorwurf zielt daneben. Er ist perfide. Markwalder ist aufgrund ihres politischen Kurses der EU- und Weltöffentlichkeit politisch streitbar. Korrupt ist sie aber nicht, auch nicht geistig korrupt.

«Er bezahlte 7000 Fr für einen Vorstoss – FDP-Markwalder fällt auf Kasachen rein!» titelte beispielsweise der Blick – um im Text dann später zu erwähnen, das Geld sei an eine PR-Agentur geflossen. Und damit nicht an Markwalder, was man im ersten Augenblick allein aufgrund der Schlagzeile aber meinen könnte. Alle Medien hatten gestern einen bemerkenswerten und journalistisch korrekten NZZ-Artikel aufgenommen, der das Thema auf Basis gehackter kasachischer Mails publik machte. Die Maildateien wurden von Unbekannten also illegal beschafft und auf einem öffentlichen Server platziert, auf den die NZZ Zugriff hat.

Anfeindungen und Sprüche

Demnach hatte Asat Peruaschew, ein kasachischer Politiker, für eine einzige Interpellation (schriftliche Anfrage an den Bundesrat) gut 7000 Franken an die PR-Firma Burson-Marsteller bezahlt. Eingereicht hatte diese Interpellation dann Christa Markwalder und zwar am 21. Juni 2013. Der NZZ liegt mit den gehackten Mails seit wenigen Tagen auch die Abrechnung vor, in der Burson-Marsteller am 26. Juni 2013 unter dem Titel «Interpellation Mark-



Ist wohl etwas naiv gewesen. Nationalrätin Christa Markwalder erklärt ihre Rolle in der Kasachstan-Affäre. Foto Keystone

walder» ihre Dienstleistungen auflistet: «Entwurf des Texts; Treffen mit Parlamentarierin; Übersetzung und Lieferung an den Klienten; mehrere Überarbeitungen; endgültige Textfassung.» Total: 7188.48 Franken.

Im öffentlichen Fokus steht somit die Entstehung der Interpellation und nicht deren Inhalt, der politisch unproblematisch ist und keinerlei politische Folgen zeitigte. Ohne Markwalders Wissen schickte die Berner Vertreterin der PR-Firma Burson-Marsteller den Textentwurf an die kasachische Oppositionspartei Ak Schol, für welche die Bundeshaus-Lobbyistin, eine frühere FDP-Generalsekretärin, ein Mandat hat. Wie

die NZZ schrieb, übernahm Ak Schol in Kasachstan die Schlussredaktion der Interpellation. Die Partei strich dabei ausgerechnet das Wort «Menschenrechte» aus dem Entwurf, weil es Parteichef Asat Peruaschew in seiner Heimat angeblich schaden könnte. Markwalder war Peruaschew einmal im Bundeshaus begegnet, nachdem die Berner Angestellte von Burson-Marsteller ein Treffen mit mehreren Parlamentariern arrangiert hatte.

Die Sache war am Mittwoch Thema Nummer eins im Bundeshaus. Für Markwalder bedeutete dies, Anfeindungen parieren, Sprüche kontern, Dutzende Interviews geben, ganztags Mails

und SMS beantworten. Das erste erreichte sie um acht Uhr früh, die letzten spät nachts. Sie betonte dabei auf allen Kanälen, dass es ihrerseits keinerlei Vorteilsnahme gab, dass der Interpellation ihr Wille zugrunde liege, die Demokratie in Kasachstan zu fördern. Glaubwürdig legte Markwalder auch dar, dass sie nichts davon wusste, dass die Interpellation in Kasachstan redigiert und abgeändert wurde. Sie sei wohl zu naiv gewesen. Diese Selbstbezeichnung wäre wohl gar nicht erst nötig gewesen, denn die Falle, in die Markwalder getappt ist, war sehr gut getarnt. Bis zuletzt wusste weder sie noch sonst wer, dass Burson-Marsteller

den Kasachen für eine unbekannte Summe ein europaweites Lobbying-Paket mit Fokus Brüssel (EU) und London verkauft hatte. Bern ist Nebenschauplatz in diesem umfassenden Europaplan Burson-Marstellers für ein poliertes Image Kasachstans.

Eine stringente Erstbeurteilung zum Fall lieferte am Mittwoch CVP-Nationalrat Gerhard Pfister. Das Engagement Markwalders für Demokratisierung und Menschenrechte sei für ihn glaubwürdig. «Der Hauptfehler wurde von Burson-Marsteller begangen», sagte er.

Über den Tisch gezogen

In der Tat erscheint vor allem das Vorgehen der amerikanischen PR-Firma fragwürdig, die seit den Zeiten eines Nicolae Ceausescu (Rumänien) oder Augusto Pinochets (Chile) über lange Beratungserfahrung zugunsten finanziell potenter Unrechtsregimes verfügt. Verdeckte Informations-Operationen im Auftrag von Facebook gegen Google oder die Organisation von Pro-Flughafen-Demos gegen Fluglärmdemonstranten in Deutschland gehörten ebenso ins Portefeuille des PR-Riesen mit Ablegern auf allen Kontinenten.

In der Schweiz führt Burson-Marsteller neben der Credit Suisse oder dem Energiekonzern Alpiq auch die Suva und das Bundesamt für Gesundheit als Referenz auf. Neues Geschäftsfeld sind zentralasiatische Staaten, deren Regierungen nur für viel Geld beispielsweise ein gutes Image in Westeuropa verspricht, die aber keine Ahnung davon haben, welchen politischen Wert eine Interpellation in der Schweiz hat. Juristisch korrekt, marktwirtschaftlich logisch, sonst aber fragwürdig, verkauft man ein Interpellationschen für 7000 Franken nach Astana. Es scheint, als würden nicht nur Schweizer Politiker über den Tisch gezogen, sondern auch kasachische Kunden.

Bereit für die Weichenstellung

Die Vorbereitungen auf die Wahlen im Herbst laufen auf Hochtouren

Bern. Bundeskanzlerin Corina Casanova ruft die Wahlberechtigten dazu auf, am 18. Oktober ihre politischen Mitspracherechte wahrzunehmen und sich an den eidgenössischen Wahlen zu beteiligen. Es gehe um Kontinuität und wichtige Weichenstellungen, sagte sie gestern vor den Bundeshausmedien.

Casanova erwähnte Vorlagen wie die Altersvorsorge 2020 oder die Energiestrategie 2050, die in der nächsten Legislatur weiter beraten würden. Die Wählerinnen und Wähler hätten es in der Hand, den bisherigen Kurs zu bestätigen oder die Richtung zu ändern.

«Schon das ist Grund genug, einen Wahlzettel auszufüllen», sagte die Bundeskanzlerin. Einige Parlamentsentscheide könnten zwar an der Urne kor-

rigiert werden. Aber in vielen Fragen delegiere das Volk das letzte Wort ans Parlament – nicht zuletzt bei der Wahl der Landesregierung. Ziel der laufenden Vorbereitungen ist für Casanova ein reibungsloser Ablauf der Wahlen und eine möglichst hohe Teilnahme. Um dies zu erreichen, stellt die Bundeskanzlei ein umfassendes Informationsangebot zur Verfügung.

Auf allen Kanälen

Die gedruckte Wahlanleitung gibt Aufschluss darüber, wie man gültig wählt, mit Listen umgeht, panaschiert und kumuliert. Auf dem Wahlportal im Internet finden sich zudem Informationen für Auslandschweizer, für Parteien und Kandidierende. Und schliesslich

wurde die Wahlanleitung auch noch als Film aufbereitet. Damit sollen nicht zuletzt die rund 400 000 Neuwähler erreicht werden – darunter rund 300 000 Schweizer, die seit den letzten Wahlen volljährig geworden sind. In 13 Kantonen können Auslandschweizer ihre Stimme elektronisch abgeben.

In den nächsten Wochen und Monaten werden die Wahlvorschläge der Parteien geprüft, bereinigt und als Listen veröffentlicht. Viele Kantone müssen neben den Nationalrats- auch die Ständeratswahlen ausrichten. Mit der frühzeitigen Festlegung der Termine für allfällige zweite Wahlgänge soll verhindert werden, dass die kleine Kammer bei den Bundesratswahlen wiederum nicht vollständig besetzt ist. SDA

Mehr Vertrauen in den Staat

Migranten und Eingebürgerte und das Schweizer Polit-System

Bern. 35 Prozent der Bevölkerung ab 15 Jahren haben einen Migrationshintergrund. Darunter fallen Ausländer, Eingebürgerte sowie gebürtige Schweizer mit im Ausland geborenen Eltern. Anhand verschiedener Indikatoren untersucht das BFS Unterschiede bezüglich der Chancengleichheit zwischen dieser Bevölkerungsgruppe und jener ohne Migrationshintergrund. Die jüngste Analyse zeigt, dass Personen mit Migrationshintergrund ein grösseres Vertrauen in die schweizerischen Institutionen haben, teilte das Bundesamt gestern mit.

Die Mehrheit der ständigen Wohnbevölkerung ab 18 Jahren hat grosses Vertrauen in die Polizei (54,5 Prozent). Etwas weniger als die Hälfte (46,2 Prozent) hat auch grosses Vertrauen ins Rechtssystem. Nur 36,1 Prozent brin-

gen dagegen dem politischen System grosses Vertrauen entgegen.

Bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist das Vertrauen sowohl in die Polizei als auch in die Gerichte und das politische System signifikant grösser. Am grössten ist der relative Unterschied zwischen beiden Bevölkerungsgruppen beim Vertrauen ins politische System: Das Vertrauen der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist 1,4-mal grösser. Eine Veränderung zeigte sich bei der politischen Partizipation: Der Anteil von Schweizern mit Migrationshintergrund, die an eidgenössischen Abstimmungen teilnehmen, hat zwischen 2010 und 2013 um zehn Prozentpunkte abgenommen. Bei den Schweizern ohne Migrationshintergrund ist die Quote in diesem Zeitpunkt stabil geblieben. SDA

ANZEIGE

 SBB CFF FFS

Letzte Mitfahrgelegenheit.

Nur noch für kurze Zeit: Kombinieren Sie bis 16. Mai 2015 Ihre Tageskarte, Ihre 9-Uhr-Karte zum Halbtax oder Ihr GA mit einem Mitfahrbillett für nur 37 Franken*. sbb.ch

* Regulärer Preis: CHF 124.– für eine Tageskarte 1. Klasse zum Halbtax. Aktion Mitfahrbillett erhältlich und gültig 7.4.–16.5.2015 für CHF 37.–. Pro Tageskarte und 9-Uhr-Karte (je mit Halbtax) sowie GA kann 1 Person mit dem Mitfahrbillett mitreisen. Keine Erstattung, kein Umtausch. Es gelten die weiteren Bestimmungen unter sbb.ch.

